

Juni 2004

## CEO-Lunches 2004:

Genf: 3. September; Zürich: 23. September; Lugano: 30. September

## Gesetzgebung und Regulierung – Schweiz

### Zuteilungsrichtlinien

Die Schweiz. Bankiervereinigung hat die neuen Zuteilungsrichtlinien für den Emissionsmarkt veröffentlicht. Die Richtlinien sollen eine gerechten und transparenten Zuteilung sicherstellen. Sie treten am 1. Januar 2005 in Kraft. Text: [Richtlinien SBVg](#)

### Revidierte Forty Recommendations

Eine Arbeitsgruppe der Schweiz. Bundesverwaltung bereitet die Schweizer Umsetzung der GAFI Forty Recommendations vor. Neuigkeiten sind zu erwarten bezüglich Insiderhandel und der Behandlung von unabhängigen Vermögensverwaltern. Die Vernehmlassung beginnt voraussichtlich im Juli 2004.

### Meldepflicht bei CHF-Anleihen

Mit Inkrafttreten der neuen Nationalbankverordnung (1. Mai 2004) schaffte die SNB das Merkblatt über die Meldepflicht ab. Damit wurde auch das sog. Verankerungsprinzip (Federführung von CHF Emissionen

muss durch eine in der Schweiz ansässige Bank wahrgenommen werden) aufgegeben.

Information: [wuergler@foreignbanks.ch](mailto:wuergler@foreignbanks.ch)

### Stempelsteuer

Der Schweizer Souverän hat das Steuerpaket abgelehnt; somit wird eine Neuregelung der Stempelsteuer fällig. Gemäss der Eidg. Steuerverwaltung könnte die neue Regelung auf den 1. Januar 2006 in Kraft treten. Sie wird voraussichtlich ausländische institutionelle, nicht aber private Anleger befreien.

### Kreditkarten und die VSB 03

Eine vereinfachte Fassung der VSB wird auf Kreditkartengesellschaften ausgedehnt. Beglaubigte Identifikationsunterlagen sind nur erforderlich falls die Kreditlimite CHF 25,000 übersteigt; falls die Bank den Kunden identifiziert hat, können einfache Fotokopien an die Kartengesellschaft übermittelt werden. Die Zustimmung der EBK steht noch aus.

## Gesetzgebung und Regulierung – International

### EU-Schweiz

Das Integrationsbüro hat die neun bilateralen Verträge und die zugehörigen Erläuterungen veröffentlicht. Die Vernehmlassung läuft bis zum 10. September; die Unterzeichnung der Verträge ist auf Ende September vorgesehen. Das Zinsbesteuerungsabkommen tritt am 1. Juli 2005 in Kraft. Detaillierte Richtlinien bezüglich der technischen Umsetzung durch die Banken werden voraussichtlich im August / September 2004 veröffentlicht werden. Die Schweiz. Bankiervereinigung plant, Ende Oktober in Zürich ein Seminar durchzuführen.

Texte: [www.europa.admin.ch/nbv/d/index.htm](http://www.europa.admin.ch/nbv/d/index.htm)

### OECD

Die OECD hat die revidierten **Principles of Corporate Governance** veröffentlicht; die Auswirkungen auf den Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance müssen noch ausgewertet werden. Auch hat die OECD die von der Schweiz ergriffenen Massnahmen zur **Korruptionsbekämpfung** untersucht. Die SBVg war an den Hearings beteiligt; der Schlussbericht wird auf Jahresende erwartet.

### Deutschland: Bankdienstleistungen

Diskussionen zur grenzüberschreitenden Erbringung von Finanzdienstleistungen sind weiterhin im Gange zwischen den Aufsichtsbehörden (BaFin und EBK). Mitglieder der Arbeitsgruppen der SBVg sind der Mei-

nung, dass betroffene Banken einen Freistellungsantrag stellen oder zumindest mit dem BaFin in Kontakt treten könnten.

## EU – Sanktionen / Geldwäscherei

Die EU Kommission begrüsst das Erstellen einer elektronischen Datenbank, die Angaben zu von EU Sanktionen betroffenen Personen und Gruppen enthält. Die Datenbank ist zugänglich unter: [EU Sanktionen](#) (Englisch).

Weiter schlägt die EU Kommission die Aktualisierung der Geldwäschereirichtlinie vor, um die wachsende Vielfalt der Möglichkeiten zur Geldwäsche besser zu berücksichtigen: [Finanzverbrechen](#).

## Basel II

Die endgültige Version des Basel II Abkommens wurde verabschiedet und veröffentlicht: [BIS Press Release](#); [Text of Accord](#) (Englisch).

## Anlagefonds

### Anlagefondsverordnung

Der Bundesrat hat die Revision der Anlagefondsverordnung am 23. Juni 2004 angenommen. Er führt damit die wichtigsten Änderungen der OGAW III Richt-

linie in der Schweiz ein. Die Revision der Anlagefondsverordnung EBK ist noch nicht abgeschlossen.

Information: [Französisch](#); [Deutsch](#); [Italienisch](#)

## Personal

### Personenfreizügigkeit

Das bilaterale Abkommen zur Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist am 1. Juni 2004 in seine zweite Stufe getreten. Schweizer Bürger haben nunmehr freien Zugang zum Arbeitsmarkt der 15 bisherigen EU Mitglieder; die Anstellungsbedingungen von EU Bürgern in der Schweiz wurden ebenfalls erleichtert.

Information: [Französisch](#); [Deutsch](#); [Italienisch](#)

### Lohnausweis

Das Parlament verhandelt die neuen Richtlinien zum Ausfüllen des Lohnausweises. Es legt Wert darauf, dass diese weder zu vermehrtem administrativem Aufwand beim Arbeitgeber noch zu erhöhter Steuerbelastung des Arbeitnehmers führen. Die Behandlung von fringe benefits, Privatgebrauch des Geschäftswagens und Arbeitgeberbeiträge zur Aus- und Weiterbildung ist noch nicht festgelegt.

## Interna

### MITGLIEDER

NEUE MITGLIEDER: Mizuho International plc, London, Zurich Branch, Zürich.

### AGENDA

3. September: CEO Lunch, Genf;

23. September: CEO Lunch, Zürich;

30. September: CEO Lunch, Lugano;

Oktober: Basel II and the technical implementation, Genf, Lugano, Zürich.

## Letzte Minute

- Die Vernehmlassung zur Ratifizierung des Haager Trust Abkommens wird voraussichtlich im Juli 2004 eröffnet
- Die Eidg. Bankenkommission hat die Analyse der Umfrageergebnisse zum Revisionsaufwand veröffentlicht: [EBK](#) \ 30. Juni 2004
- Auch hat sie einen Bericht über ihre Umfrage vom September 2003 zum Stand der Umsetzung der Geldwäschereiverordnung veröffentlicht: [EBK](#) \ 15. Juni 2004: Newsletter Nr 34
- Das gfs Forschungsinstitut hat die Resultate des letzten "Europa-Barometer" veröffentlicht, die des Schweizers grundsätzlich positive Haltung gegenüber den bilateralen Verträgen mit der EU aufzeigen: [www.gfsbern.ch/pub/europa-062004.pdf](http://www.gfsbern.ch/pub/europa-062004.pdf) (Deutsch)
- Das Eidg. Finanzdepartement informiert über die Vernehmlassung zum ersten Teil des FINMAG: [Französisch](#); [Deutsch](#); [Italienisch](#)
- Die Regierungschefs der EU Staaten haben PricewaterhouseCoopers beauftragt, die Folgen von Basel II auf den EU Finanzsektor und die EU Wirtschaft im allgemeinen zu untersuchen: [Impact Study](#); [Appendices](#) (Englisch)